

18.59

Bundesrätin Mag. Dr. Ewa Dziedzic (Grüne, Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Bundesminister! Werte Kollegen und Kolleginnen! Ich rede ein bisschen schnell und laut, denn es ist spät und es sind noch zwei RednerInnen nach mir, aber dann haben wir es fast schon geschafft.

Ich werde auch mit etwas Positivem beginnen: Es wurden nämlich bei der Erstellung dieses Dreijahresprogramms tatsächlich Experten und Expertinnen eingebunden, und es gab wirklich ein großes Bemühen, damit das eine Gesamtstrategie wird. Ich bin aber sehr schnell wieder bei der Kritik, es wurde nämlich keine Gesamtstrategie.

Weitere Kritikpunkte, die ich erwähnen möchte, beziehen sich darauf, wie EZA grundsätzlich verstanden wird. Wir verstehen sie in erster Linie als Entwicklungsmöglichkeit, als Armutsbekämpfung, aber nicht als ein Mittel zur Beeinflussung der Migrationsflüsse. EZA sollte ebenfalls nicht dazu verwendet werden, um Kooperationen von sogenannten Entwicklungsländern im Zuwanderungsbereich zu erpressen. Grundsätzlich braucht es natürlich Möglichkeiten in der Entwicklungspolitik, und die Möglichkeiten in der Entwicklungspolitik sollten nicht unterschätzt werden, sondern gerade wenn es um die Flüchtlingspolitik geht, wissen wir, dass nicht nur Entwicklungs-, sondern auch Außen- und Innenpolitik eng zusammenarbeiten müssen.

Bedenklich und praktisch gesehen auch schwer nachvollziehbar ist für uns deshalb die Verknüpfung der EZA mit sogenannten Rückübernahmeabkommen. Ich wiederhole nochmals: Finanzielle Mittel der Entwicklungszusammenarbeit dienen vorrangig der Bekämpfung von Armut im Land und sollten deshalb nicht an Abkommen zu Abschiebungen gekoppelt werden. Das ist aus unserer Sicht verfehlt und auch zweckwidrig. Das heißt: Koppelt man diese Auszahlungen der Gelder an zweckfremde Bedingungen, so ist das kurz und einfach gesagt auch unsachlich.

Bezüglich der Finanzierung vielleicht noch ein Satz: Eine Aufstockung im Sinne eines Stufenplans wurde nicht durchgeführt beziehungsweise wird sie im Programm nicht sichtbar. Auch eine ergebnisorientierte Finanzierungsplanung beziehungsweise Budgetverknüpfung fand nicht statt.

Zusammengefasst gibt es – mein Vorredner hat es schon gesagt – einige durchaus positive Aspekte, zum Beispiel, dass Bildung als vierter Schwerpunkt hinzugekommen ist, oder auch, dass man sich mit der nachhaltigen Ressourcennutzung und der Geschlechtergleichstellung auseinandersetzt. In diesem Dreijahresprogramm überwiegen aber aus unserer Sicht nach wie vor die negativen Aspekte.

In diesem Sinne wird uns das weiterhin ein Anliegen sein, damit wir wirklich irgendwann einmal nicht nur die Ziele der Ausfinanzierung, die wir uns vorgenommen haben, erreichen, sondern dass es tatsächlich einmal Zielvorgaben und eine Gesamtstrategie gibt. – Danke. *(Beifall bei den Grünen.)*

19.02

Präsident Josef Saller: Als Nächster ist Herr Bundesrat Schennach zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesrat.